

Resolution: Antifa bleibt Handarbeit - Verantwortung von Hochschulen in Zeiten des globalen Rechtsrucks

In den vergangenen Jahren ist weltweit ein erstarkender Einfluss rechter, autoritärer und neofaschistischer Kräfte zu beobachten. Parteien wie die AfD, die FPÖ, der Rassemblement National oder die Republikaner unter Trump greifen demokratische Institutionen, soziale Bewegungen und die Wissenschaft gezielt an. Auch Hochschulen geraten zunehmend ins Visier rechter Kulturkampfstrategien: durch Angriffe auf kritische Lehrinhalte, Forderungen nach vermeintlicher „politischer Neutralität“ und die Diffamierung emanzipatorischer Forschung.

Rechte Netzwerke sind dabei auch auf unseren Campus präsent. Sie verbreiten Propaganda, versuchen durch Einschüchterung Raum zu gewinnen und verschieben die Diskursgrenzen nach rechts. Das bedroht die Grundlagen demokratischer Hochschulbildung. Als BuFaTaChemie sehen wir uns in der Verantwortung, dem entschieden entgegenzutreten. Forschung und Lehre finden nicht im luftleeren Raum statt, sondern sind stets in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet. Insbesondere die Geschichte der Chemie ist dabei auch eine Geschichte kolonialer Ressourcenausbeutung, rassistisch motivierter Forschung und Beteiligung an Repressions- und Kriegstechnologien.

Wir sehen antifaschistische Bildung, die klare Zurückweisung autoritärer, demokratie- und menschenfeindliche Positionen und die aktive Stärkung solidarischer Netzwerke als zentrale Aufgaben an Hochschulen - auch und gerade in naturwissenschaftlichen Fachbereichen.

Inspiziert durch die gemeinsame Resolution von Studis gegen Rechts und fzs fordern wir vor diesem Hintergrund also:

1. Hochschulen als politisch verantwortliche Räume anzuerkennen und ihr antifaschistisches Selbstverständnis zu stärken sowie strukturell zu verankern.

Wir fordern, dass Hochschulen ihr politisches und antifaschistisches Selbstverständnis aktiv stärken. Als Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung tragen sie Verantwortung für ein diskriminierungsfreies, solidarisches und offenes Miteinander. Diese Haltung muss sich in Lehre, Forschung, Verwaltung und studentischem Leben widerspiegeln.

Angesichts rechter Diskursverschiebungen braucht es eine klare Positionierung gegen autoritäre Ideologien und menschenverachtende Weltbilder. Hochschulen dürfen sich nicht als neutrale Institutionen verstehen, sondern müssen ihre historische und gegenwärtige Verantwortung ernst nehmen.

2. Unabhängige und spezialisierte Beratungs- und Beschwerdestellen einrichten und stärken

Wir fordern den flächendeckenden Aufbau unabhängiger Anlaufstellen für Hochschulmitglieder, die von Diskriminierung, rechter Gewalt oder rechtsextremen Vorfällen betroffen sind. Diese Stellen müssen professionell aufgestellt, fachlich spezialisiert und institutionell unabhängig, sprich: nicht weisungsgebunden, vertraulich und auf Wunsch anonym nutzbar, sein.

Melde- und Beratungsstellen sollen weiterhin explizit betroffenenorientiert arbeiten. Kernaufgaben sind Schutz, Empowerment und Handlungsfähigkeit betroffener Personen. Damit solche Strukturen wirksam sind, müssen sie dauerhaft finanziert, hochschulöffentlich sichtbar gemacht und mit klaren Befugnissen und Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen sie durch regelmäßige öffentliche Berichte transparent über ihre Arbeit, Fallzahlen und Herausforderungen informieren.

3. Keine institutionelle Unterstützung oder Plattform für diskriminierende Verbindungsstrukturen

Viele studentische Verbindungen stehen mit ihren elitären, hierarchischen und diskriminierenden Strukturen im Widerspruch zu einer Hochschule, die sich Antidiskriminierung, Betroffenenenschutz und der Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verpflichtet. Sie reproduzieren rassistische, klassistische, antifeministische und autoritäre Denkmuster, die offen oder durch strukturelle Praxen nicht mit einem solidarischen und sicheren Studenumfeld vereinbar sind.

Es ist Aufgabe der Hochschulen, sich von Strukturen abzugrenzen, deren Selbstverständnis und Wirkung im Gegensatz zu Gleichstellung, Schutz vor Gewalt und dem Recht auf diskriminierungsfreie Bildung steht und entsprechenden Organisationen den Zugang zu Ressourcen, Räumen oder Veranstaltungen zu verwehren.

4. Klare Abgrenzung der Hochschulen gegenüber der AfD und ihren nahestehenden Organisationen

Die AfD wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft, da zentrale Teile der Partei rassistische, menschenverachtende und demokratiefeindliche Positionen vertreten. Sie greift gezielt Wissenschaftsfreiheit, politische Bildung und marginalisierte Gruppen an, mit dem Ziel, Ideologien der Neuen Rechten im Hochschulraum zu verankern. Parteinahе Stiftungen, studentische Gruppen mit ideologischer Nähe zur AfD sowie rechte Publikations- und Veranstaltungsformate dienen dabei als strategische Plattformen zur Normalisierung und Verbreitung ihrer Inhalte.

Wir fordern, dass Hochschulen sich unmissverständlich öffentlich von der AfD und ihr nahestehenden Organisationen distanzieren. Jegliche Form der Zusammenarbeit in Form von

Veranstaltungen, digitalen Plattformen sowie finanzieller oder logistischer Unterstützung ist auszuschließen. Räume, Ressourcen und Sichtbarkeit dürfen nicht genutzt werden, um extrem rechten Akteur*innen Einfluss auf Hochschulleben, politische Teilhabe oder akademische Diskurse zu ermöglichen.

5. Antifaschistische Forschung und politische Bildung als zentrale Aufgabe der Hochschulen verankern

Hochschulen tragen die gesetzliche und gesellschaftliche Verantwortung, Wissenschaft im Sinne eines demokratischen, sozialen und freiheitlichen Rechtsstaats zu fördern. Wir fordern, dass sie gezielt Forschung zu Ursachen, Strukturen und Wirkungsweisen von Rechtsextremismus, autoritären und demokratiefeindlichen Bewegungen sowie der Neuen Rechten unterstützen. Dabei braucht es eine explizit interdisziplinäre Perspektive: Auch in MINT-Fächern können und müssen entsprechende Fragestellungen thematisiert und in die Lehre integriert werden.

Zudem sollen Hochschulen politische Bildung als Kernaufgabe begreifen und fundiertes Wissen über Ideologien der Neuen Rechten öffentlich, verständlich und barrierearm zugänglich machen und diese kritisch einordnen. Bildungsangebote müssen dabei bewusst auch außerhalb des Hochschulraums wirken. Wissenschaftliche Aufklärung ist ein zentrales Mittel gegen Desinformation, Geschichtsrevisionismus und der Normalisierung rechter Narrative und sollte fester Bestandteil des gesellschaftlichen Bildungsauftrags von Hochschulen sein.

6. Zivilgesellschaftliches und antifaschistisches Engagement an Hochschulen ermöglichen und schützen

Hochschulen sollen das Engagement von Studierenden, Hochschulgruppen und Beschäftigten gegen Rechtsextremismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aktiv unterstützen. Initiativen, die sich für eine offene und diskriminierungsfreie Gesellschaft einsetzen, verdienen strukturelle Rückendeckung, dies etwa durch die Bereitstellung von Räumen, Unterstützung bei Veranstaltungen und öffentliche Sichtbarkeit auf dem Campus.

Gerade wenn solche Initiativen unter politischen Druck oder in den Fokus rechter Kampagnen geraten, ist eine klare Positionierung und solidarische Rückendeckung seitens der Hochschulen notwendig. Hochschulen müssen sichere Räume für gesellschaftliches Engagement schaffen und ihren Mitgliedern ermöglichen, sich ohne Angst vor Repression oder Ausschluss für demokratische Grundwerte einzusetzen.

7. Studentische Mitbestimmung und Selbstverwaltung an Hochschulen sichern und stärken

Studentische Mit- und Selbstverwaltung ist ein unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Hochschulen, der dennoch stets politisch gefährdet ist. Am deutlichsten zeigt sich das in Bayern, wo es nach der Abschaffung im Zuge der Repression gegen die Studierendenbewegung der 1960er Jahre, bis heute keine verfasste Studierendenschaft gibt. Auch in anderen Bundesländern werden bestehende Strukturen immer wieder eingeschränkt oder in Frage gestellt.

Wir fordern, dass Hochschulen ihre autonomen Handlungsspielräume konsequent nutzen, um studentische Selbstorganisation nicht nur zu ermöglichen, sondern sie auch strukturell abzusichern und aktiv gegen politische Eingriffe zu schützen. Dies geschieht durch die rechtliche und finanzielle Stärkung verfasster Studierendenschaften genauso wie den Schutz selbstverwalteter Räume, Gremien und Hochschulgruppen.

8. Forschung an Hochschulen zivile und verantwortungsbewusste Leitlinien geben

Hochschulen sollen Forschung und Lehre entlang zivilen, friedlichen und gesellschaftlich verantwortungsvollen Zielen ausrichten. Wir fordern daher, dass Dual-Use-Potentiale also Forschung, die sowohl zivil als auch militärisch genutzt werden kann klar erfasst, reguliert und hochschulintern überprüft werden. Drittmittelgeber*innen, Kooperationspartner*innen und Verwertungsinteressen müssen transparent benannt werden.

Kooperationen mit militärischen Einrichtungen, Rüstungsunternehmen oder staatlichen und privaten Akteuren, die in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind oder solche ermöglichen, sollen beendet bzw. ausgeschlossen werden. Hochschulen sollen prüfen, wie sie sich strukturell zu zivil orientierter Forschung verpflichten können - etwa durch Verankerung entsprechender Prinzipien in Grundordnungen oder Verfassungen, gegebenenfalls auch in Form einer Zivilklausel.

Eine Stellungnahme und Positionierung der BuFaTaChemie zu Zivilklauseln wurde bereits veröffentlicht und ist [hier](#) zu finden.

9. Demokratische Protestkultur an Hochschulen schützen und Repression entschieden entgegentreten

Hochschulen sind Orte gesellschaftlicher Auseinandersetzung, Kritik und solidarischer Organisation. Im Zuge des gesellschaftlichen Rechtsrucks und autoritärer Diskursverschiebungen geraten politisch engagierte Studierende und Mitarbeiter*innen durch Ordnungsrecht, Disziplinarmaßnahmen, Überwachung und eine wachsende Präsenz von Polizei und Sicherheitsbehörden auf dem Campus zunehmend unter Druck. Besonders international ausgerichtete Proteste, die staatliches Unrecht benennen oder dominante Narrative infrage stellen, sind verstärkt von Repression betroffen.

Schon die Androhung von Sanktionen wie Exmatrikulationen oder disziplinarische Anhörungen setzen politisches Engagement unter existenziellen Druck, insbesondere gilt dies für Personen in prekären oder marginalisierten Lebenssituationen. Hochschulen dürfen dieser Dynamik keinen Vorschub leisten. Politischer Protest ist Ausdruck demokratischer Teilhabe und muss durch Hochschulen geschützt werden: durch eine klare Positionierung gegen polizeiliche Eskalation, Zurückhaltung bei Sanktionen und die aktive Verteidigung studentischer Handlungsspielräume gegen autoritäre Angriffe.